

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

POLITISCHER BERICHT AUS DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau

Nr. 7 /2014 – 16. April 2014



IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Krim-Frage: Putin hat die große Mehrheit der russischen Bevölkerung hinter sich

Trotz der völkerrechtswidrigen Eingliederung der Krim steht die Bevölkerung Russlands in dieser Frage ganz überwiegend an der Seite ihres Staatspräsidenten (1). Moskau hat mit der Aufnahme der Halbinsel in sein Staatsgebiet einen außenpolitischen Kurswechsel vollzogen. Russlands Ziel ist die Sicherung seines Einflusses in der Ukraine; eine militärische Intervention im Südosten des Landes bleibt für den Fall der Eskalation eine ernstzunehmende Option (2). Die Ukraine, Russland und der Westen können die angespannte Situation nur gemeinsam lösen. Ein strategisches Ziel der EU sollte es dabei sein, Begegnungen und den Meinungs-austausch zwischen Menschen aus Russland und dem Westen zu fördern und nicht, wie etwa durch den Abbruch der Visa-Verhandlungen, entgegengesetzte Signale zu senden (3).

1. Stimmung in der russischen Bevölkerung

Die Sezession der Krim von der Ukraine und ihren Beitritt zur Russischen Föderation verbinden 70% der Menschen zwischen Kaliningrad und Wladiwostok nach einer Umfrage des kremlkritischen Levada-Instituts mit der deutlichen Erwartung einer „nationalen Konsolidierung“ um die politische Führung des Landes einhergehend mit steigenden Popularitätswerten für Staatspräsident Wladimir Putin.¹ Bei der Frage nach der Legitimität der ukrainischen Regierung sind sich die Umfrageteilnehmer einig. Über 70% lehnen sie ab. Über 40% meinen, dass die Ereignisse um die Krim in der Ukraine den Hass gegenüber Russland insgesamt und/oder seiner politischen Führung schüren. 53% der Befragten sagten, dass die sog. Selbstverteidigungskräfte auf der Krim „wer auch immer“ sein konnten, 18% hielten sie für Bürgerwehren und nur 9% sahen in ihnen getarnte russische Soldaten. Diese Haltung bestätigten zudem die Antworten auf die Frage, ob Moskau in der letzten Zeit Truppen auf die Krim entsandt habe. Nur 4% sprachen von einer markanten Erhöhung der Streitkräfte Russlands auf der Halbinsel; 60% äußerten sich überzeugt, dass sich ihre Präsenz und ihr Handeln auf der Halbinsel ausschließlich im Rahmen des russisch-ukrainischen Abkommens über die Schwarzmeerflotte bewegen.

Die Umfrage zeigte ferner, dass die Menschen in der Russischen Föderation einen Bürgerkrieg in der Ukraine für zunehmend wahrscheinlich halten: In der ersten Märzhälfte erwarteten 22% einen solchen Ereignisverlauf, zwei Wochen später bereits 36%. Außerdem halbierte sich der Zuspruch für die Auffassung, dass die Entsendung russischer Truppen die Lage im Nachbarland beruhigen könnte (erste Märzhälfte 25%, zweite Märzhälfte 12%). Die Verantwortlichkeit für die Lage in der Ukraine sieht man in Russland klar bei der politischen Führung in Kiew (77%). Einen Krieg zwischen den beiden Ländern halten mehr als drei Viertel der Befragten für unwahrscheinlich. Sollte es dennoch dazu kommen, würden 74% der Russen ihrer Regierung beistehen, 13% lehnten eine Unterstützung ab.

Zudem führte das Levada-Institut eine Erhebung durch zu der Einstellung der Russen gegenüber anderen Ländern.² Demnach leidet das Ansehen der USA stark vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse um die Ukraine, ebenso die Reputation der EU. Während sich im Januar 2014 noch mehr als die Hälfte der Befragten positiv über Brüssel geäußert hatten, waren es in der zweiten Märzhälfte nur noch 32%. Die Zahl derer, die der EU sehr negativ gegenüber stehen, stieg von 4% auf 15%. Einen ähnlichen Popularitätsverlust erlitt die Ukraine, Weißrussland stieg im Ansehen der Umfrageteilnehmer. 70% der Russen schreiben ihrem Land mittlerweile einen großen oder zumindest ziemlich großen Einfluss in der Welt zu; im Februar 2011 – also einen Monat vor der Enthaltung Moskaus im UN-Sicherheitsrat beim Beschluss einer Flugverbotszone über Libyen – teilten diese Meinung nur 51%. Eine steigende Zahl sieht gute Gründe für die NATO, Russland zu fürchten (insgesamt 44% und damit der höchste Wert überhaupt seit Erhebung dieser Frage im Jahr 1997). Parallel dazu reduzierte sich die Zahl

¹ Das Folgende nach: <http://www.levada.ru/31-03-2014/rossiya-ukraina-krym>. So auch nach einer Umfrage des Instituts WZIOM, Wedemosti vom 20.03.2014, S. 1.

² Das Folgende nach: <http://www.levada.rz/02-04-2014/otnoshenie-rossiyan-k-grugim-stranam>.

derer bedeutend, die meinen, dass Moskau durch die NATO gefährdet würde, selbst wenn der Wert immer noch auf einem hohen Niveau verharrt (heute 52% im Gegensatz zu 63% im März 2011). Drei Viertel der Russen halten einen Krieg mit dem Westen für vollkommen ausgeschlossen oder zumindest wenig wahrscheinlich (immerhin 16% für sehr wahrscheinlich).

2. Einschätzung

Die Menschen in Russland belohnen die Politik der Stärke ihrer Staatsführung. Hauptprofiteur der Entwicklungen um die Krim ist Präsident Putin. Seine Popularität erreicht aktuell Spitzenwerte, und die einseitig akzentuierte Berichterstattung im russischen Fernsehen ist dafür nur ein Grund von mehreren. Dass er in den Wirren der ukrainischen Revolution schnell und entschlossen gehandelt hat, rechnet ihm seine Bevölkerung hoch an. Er traf ihren Nerv mit seinen emotionalen Worten von der „Heimkehr der Krim in den heimatlichen Hafen“³, oder der Aussage „Russland hat beim Zerfall der Sowjetunion gefühlt, dass ihm die Krim nicht nur gestohlen, sondern geraubt wurde“⁴. Dass die „Wiedervereinigung“ (so die russische Wortwahl) der Krim mit Russland völkerrechtswidrig abgelaufen ist, nehmen sowohl Putin als auch die absolute Mehrheit in seinem Land billigend und mit einem Stück Genugtuung in Kauf: Was sich in der Vergangenheit der Westen – zum Beispiel bei der angeblichen Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak als vorgeschobenen Kriegsgrund – erlaubt habe, könne sich nun auch Moskau dank seiner Stärke wieder leisten; und überhaupt werde aktuell nur historische Gerechtigkeit geschaffen.

Die Aufnahme der Krim in ihr Staatsgebiet bedeutet für die Russische Föderation eine grundlegende Änderung ihrer außenpolitischen Richtung. Nach Auffassung der Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ haben die im Februar/März 2014 getroffenen Entscheidungen ihren Ursprung in einer spezifischen Weltanschauung und nicht einfach nur in dem Wunsch, das Land territorial zu erweitern.⁵ Sie basierten auf dem Streben nach Unabhängigkeit, Stärke und Einfluss in der Welt sowie auf zwei Grundannahmen: Zum einen müsse Russland als selbständiges, mächtiges und konservatives Bollwerk gegen Revolution, Chaos und gegen die von den USA und Europa verbreiteten liberalen Ideen kämpfen. Zum anderen habe Moskau die Vorstellung einer großen russischen Welt, die über die Grenzen der Russischen Föderation hinausgehe. Letzteres beunruhigt insbesondere solche Staaten, in denen russische Minderheiten leben – also gerade auch die Ukraine mit ihren russischen Bevölkerungsteilen im Osten und Süden. Moskau versteht sich als ihre Schutzmacht und verweist darauf, dass diese seit dem 16. bzw. 18. Jahrhundert russischen Landesteile erst nach der bolschewistischen Revolution der Ukraine zugeschlagen wurden. Konsequenter und historisch gerecht wäre es daher, so einflussreiche Gesprächspartner und die Auffassung von zwei Dritteln der Bevölkerung⁶, sie ebenso in die Russische Föderation aufzunehmen. Das Problem besteht somit ganz und gar nicht in der Haltung der russischen Politik allein, sondern in der bei den Menschen weit verbreiteten Auffassung, dass die Ukraine kein vollwertiger Staat sei. Gibt Moskau der Krim eine Perspektive und hält seine Versprechen, wie zum Beispiel die Renten zu erhöhen, könnte dies mittelfristig eine Magnetwirkung ausüben, falls die Ukraine weiter Not leidet. Den negativen Folgen für den Staatshaushalt Russlands würden die Menschen bei der Aussicht auf stabile Leistungen der öffentlichen Hand wahrscheinlich allenfalls ihr sekundäres Interesse schenken.

Auch wenn Moskau weiterhin beachtliche Truppen für den Ernstfall an der Grenze zur Ukraine stationiert hat, dürfte es an einer weiteren Eskalation der Lage zur Zeit kein Interesse haben. Schon heute sorgt seine Politik bei engsten Verbündeten für größte Irritationen. So stimmte Kasachstan bei

³ So Putin am 18.03.2014 auf dem Roten Platz.

⁴ So Putin am 18.03.2014 vor der Föderalversammlung.

⁵ Wedomosti vom 07.04.2014, S. 6f.

⁶ Laut einer Umfrage des Levada-Instituts, Wedomosti vom 27.03.2014, S. 3.

der Abstimmung in der UN-Vollversammlung nicht für die russische Position, sondern enthielt sich⁷; Weißrussland und Armenien konnten laut informierten Kreisen nur mit großem diplomatischen Aufwand überzeugt werden, Russland zu unterstützen. Außerdem unterscheidet sich die Situation in der Südostukraine von derjenigen auf der Krim. Jene beherbergt keine russische Militärbasis, und die Unterstützung für Russland in der Bevölkerung ist geringer als auf der Halbinsel. Zudem droht Moskau die vollständige ökonomische und politische Isolation durch den Westen gepaart mit massiven Belastungen für den Staatshaushalt.⁸ Moskau werde daher versuchen, so die Zeitung Wedomosti, wieder Einfluss auf die zukünftige Regierung in Kiew zu gewinnen; dies schließe aber die Aufrechterhaltung eines kontrollierten Chaos im Südosten nicht aus.

3. Perspektiven

Deutschland kann durch eine kluge Politik der Vermittlung entscheidend zur Deeskalation und Stabilisierung der Ukraine beitragen. Putin meint es ernst mit seiner Forderung, die Ukraine solle ein blockfreier Staat und damit ein Puffer zwischen der NATO und Russland bleiben. Daneben hat Moskau immense wirtschaftliche Interessen in seinem Nachbarland, vor allem im Bereich der Rüstungs- und Atom- sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie.⁹ Der Kreml sieht die Lösung in einer Föderalisierung der Ukraine¹⁰, findet dafür jedoch bis dato sowohl in der Ukraine als auch im Westen kaum Unterstützung, denn kremlkritische Stimmen sehen darin ein Einfallstor für schleichende russische Abwerbungsversuche des ukrainischen Südostens.¹¹ Hinzu kommt, dass sich bis heute nicht einmal die einflussreiche Wirtschaftselite der Ostukraine für eine Föderalisierung ausgesprochen hat.¹² Die Interessen dieser Oligarchen sind klar: Sie machen Geschäfte sowohl mit Russland als auch mit EU-Staaten und fürchten deshalb eine einseitige Ausrichtung nach West oder Ost.¹³

Die EU hat mit dem Abbruch der Visa-Verhandlungen gerade den reisefreudigen Teil der russischen Gesellschaft – 17% besitzen einen Reisepass – irritiert. Brüssel sollte vielmehr daran interessiert sein, Begegnungen und gegenseitigen Meinungsaustausch zwischen Menschen aus Russland und dem Westen zu fördern. Dadurch könnte ein Beitrag dazu geleistet werden, Missverständnisse auszuräumen und gegenseitiges Vertrauen herzustellen. Eventuell würden dann weniger Russen die NATO als eine Gefahr für ihr Land ansehen – und zwar nicht deshalb, weil Moskau in der Krim-Frage wieder Stärke gezeigt hat, sondern aufgrund von eigenen im Westen erworbenen Informationen und durch in persönlichen Begegnungen gemachte positive Erfahrungen.

Moskau, 16. April 2014

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

⁷ RiaNovosti vom 28.03.2014, <http://de.ria.ru/zeitungen/20140328/268133524.html>.

⁸ Das Folgende nach: Wedomosti vom 09.04.2014, S. 1 und 6.

⁹ Wedomosti vom 07.04.2014, S. 20f.

¹⁰ Wedomosti vom 31.03.2014, S. 3.

¹¹ Wedomosti vom 01.04.2014, S. 1 und 6.

¹² Wedomosti vom 10.04.2014, S. 7.

¹³ FAZ vom 09.04.2014, S. 2.